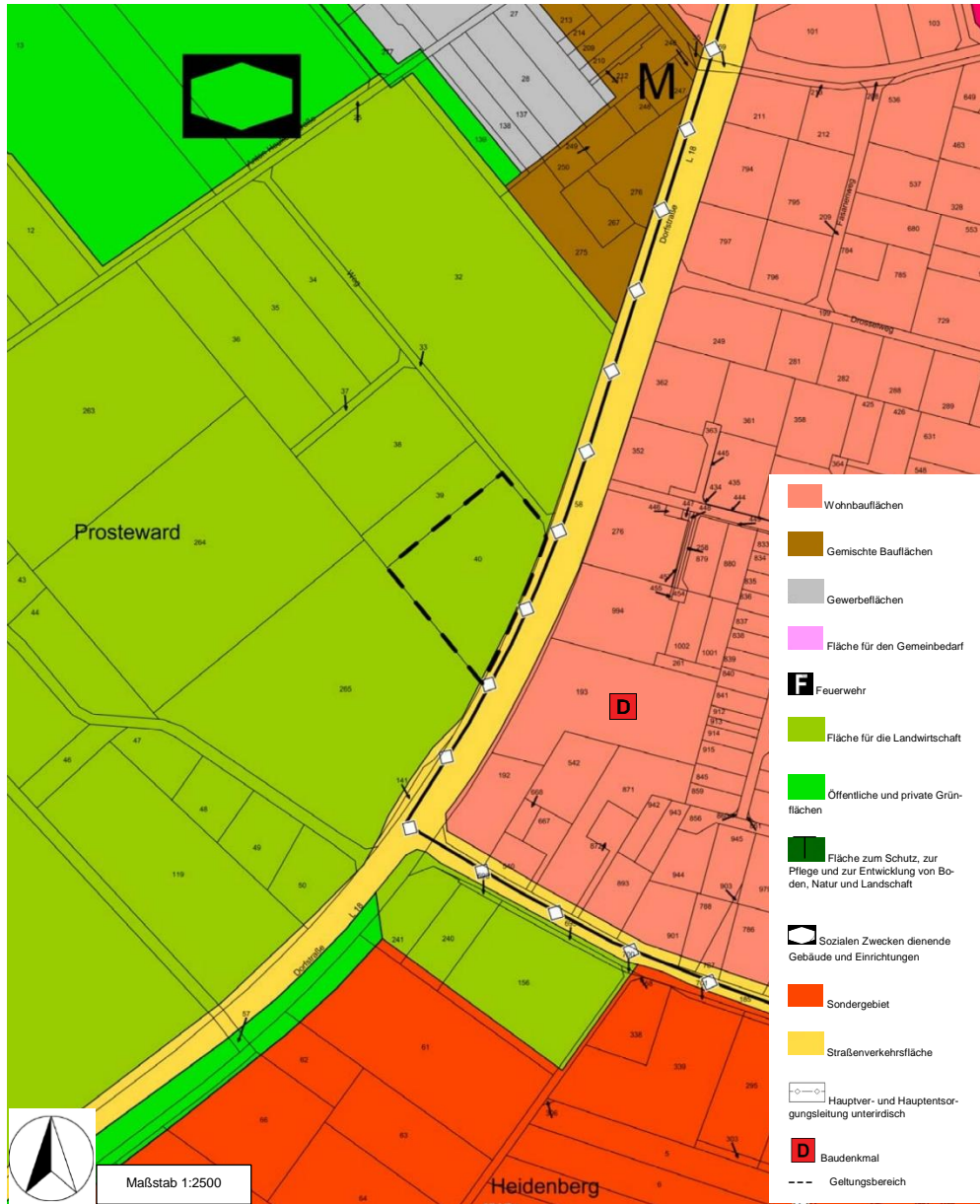
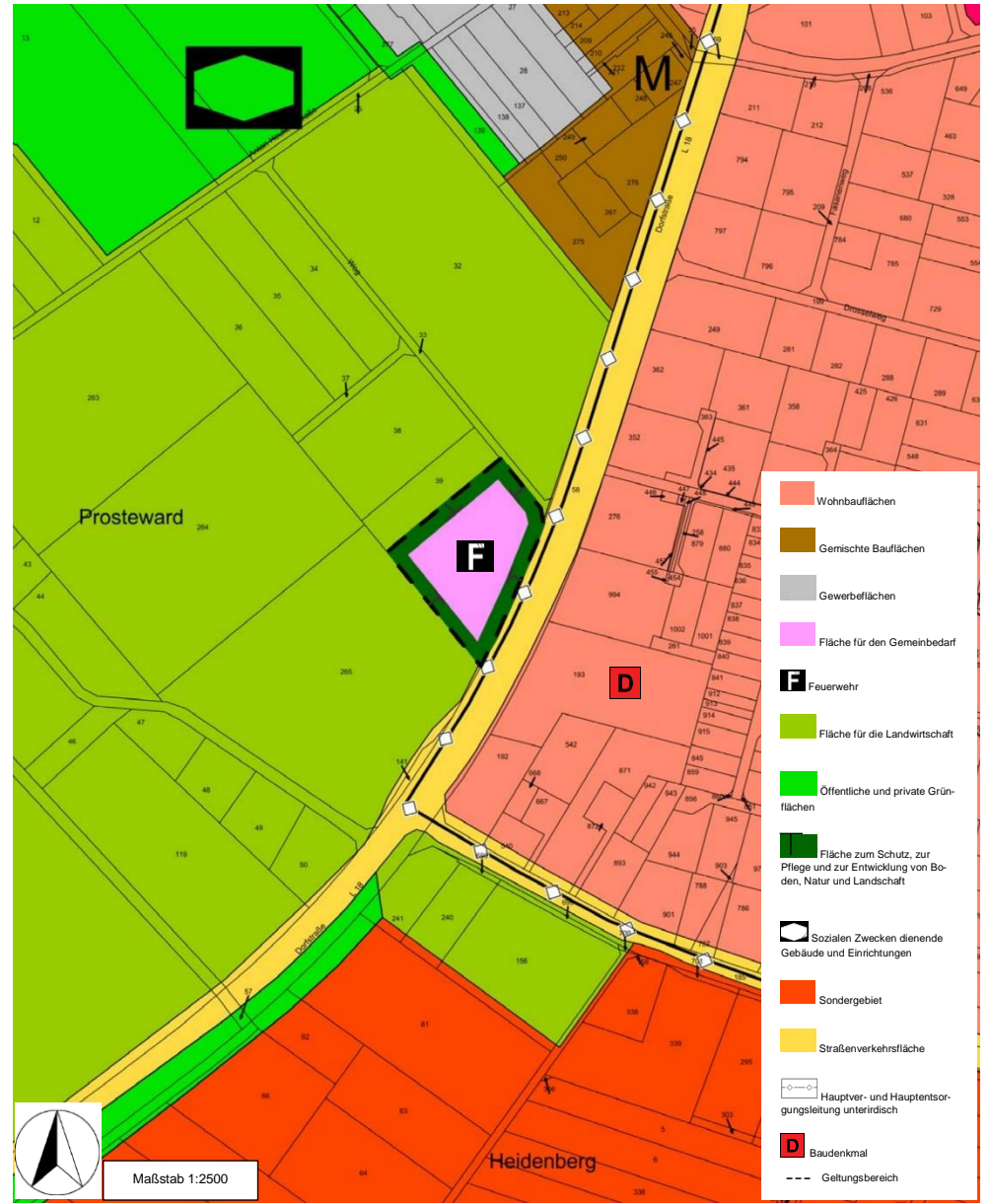


2. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Kalkar

Geltungsbereich der 2. Änderung



aktuelle Darstellung



geplante Darstellung

Änderung

Von: Fläche für die Landwirtschaft gem. § 5 Abs. 2 Nr. 9 a BauGB

In: Fläche für den Gemeinbedarf – Zweckbestimmung Feuerwehr – gem. § 5 Abs. 2 Nr. 2 a BauGB

Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft gem. § 5 Abs. 2 Nr. 10 BauGB

Verfahrensvermerke

Der Rat der Stadt Kalkar hat am 12.12.2019 gem. § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung der Flächennutzungsplanänderung beschlossen.

Bürgermeisterin

Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB und frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB hat in der Zeit vom 20.01.2020 bis 06.03.2020 stattgefunden.

Bürgermeisterin,
im Auftrag

Der Entwurf der Begründung hat gem. § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen vom 06.07.2020 bis 07.08.2020 einschließlich.

Bürgermeisterin,
im Auftrag

Diese Flächennutzungsplanänderung – der eine Begründung beigelegt ist – wurde am 12.01.2021 durch den Rat der Stadt Kalkar festgestellt.

Kalkar, den 02.03.2021

Bürgermeisterin

Diese Flächenplannutzungsänderung ist gem. § 6 Abs. 1 BauGB mit Verfügung vom _____ genehmigt gem. § 6 Abs. 5 BauGB am _____ ortsüblich bekannt gemacht worden.

Bürgermeisterin,
im Auftrag

Nachrichtliche Übernahme

Das Plangebiet wird nachrichtlich gemäß § 5 Abs. 4 a BauGB als Risikogebiet im Sinne des § 78 b Abs. 1 WHG in den Flächennutzungsplan übernommen.

Rechtsgrundlagen

Baugesetzbuch (BauGB), in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I, S. 3634), in der zum Zeitpunkt des Feststellungsbeschlusses gültigen Änderungsfassung

Baunutzungsverordnung (BauNVO), in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.11.2017 (BGBl. I S. 3786), in der zum Zeitpunkt des Feststellungsbeschlusses gültigen Änderungsfassung

Planzeichenverordnung (PlanZV), in der Fassung der Bekanntmachung vom 18.12.1990 (BGBl. 1991 I S. 58), in der zum Zeitpunkt des Feststellungsbeschlusses gültigen Änderungsfassung

Bauordnung Nordrhein-Westfalen (BauO NRW), in der Fassung der Bekanntmachung vom 04.08.2018 (GV. NRW. 2018 S. 421), in der zum Zeitpunkt des Feststellungsbeschlusses gültigen Änderungsfassung

Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW), in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW S. 666), in der zum Zeitpunkt des Feststellungsbeschlusses gültigen Änderungsfassung

Verordnung über die öffentliche Bekanntmachung von kommunalem Ortsrecht (Bekanntmachungsverordnung – BekanntmVO), in der Fassung der Bekanntmachung vom 26.08.1999 (GV. NRW S. 516), in der zum Zeitpunkt des Feststellungsbeschlusses gültigen Änderungsfassung

Wasserhaushaltsgesetz (WHG), in der Fassung der Bekanntmachung vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585), in der zum Zeitpunkt des Feststellungsbeschlusses gültigen Änderungsfassung

Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG), in der Fassung der Bekanntmachung vom 29.07.2009 (BGBl. I S. 2542), in der zum Zeitpunkt des Feststellungsbeschlusses gültigen Änderungsfassung

Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG), in der Fassung der Bekanntmachung vom 17.05.2013 (BGBl. I S. 1274), in der zum Zeitpunkt des Feststellungsbeschlusses gültigen Änderungsfassung

Straßen- und Wegegesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NRW), in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.1995 (GV. NW. S. 1028, 1996 S. 81, 141, 216, 355, 2007 S. 327), in der zum Zeitpunkt des Feststellungsbeschlusses gültigen Änderungsfassung

Stadt Kalkar



Stand: 02.03.2021